

24 Januar, 2026

2026 Welttag Des Bedrohten Anwalts:

Vereinigten Staaten



Diese Broschüre wurde vom Internationalen Observatorium für bedrohte Anwälte (OIAD) in Zusammenarbeit mit der Internationalen Koalition für den Tag des bedrohten Anwalts erstellt.

EINLEITUNG

Der Welttag des bedrohten Anwalts wird seit 2009 am **24. Januar** begangen. An diesem Tag fand 1977 das schreckliche „**Atocha-Massaker**“ statt, bei dem **vier Kollegen** in Madrid, Calle Atocha 55, **ermordet wurden**.

Dieser internationale Tag soll die Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft und der Behörden auf die **Situation der Anwälte** in einem bestimmten Land lenken, das jedes Jahr ausgewählt wird, um die Bedrohungen bekannt zu machen, denen die Anwälte bei der Ausübung ihres Berufs in dem betreffenden Land ausgesetzt sind.

Nach der Situation von Anwälten in der Türkei, auf den Philippinen, in Honduras, China, Ägypten, Pakistan, Aserbaidschan, Kolumbien, Afghanistan, Iran und Weißrussland wird sich der Welttag des bedrohten Anwalts 2026 mit der Situation von Anwälten in den **Vereinigten Staaten befassen**.

“ „Mandanten haben das Recht auf Zugang zu ihrem Anwalt ohne Einmischung der Regierung. Anwälte müssen die Freiheit haben, ihre Mandanten zu vertreten und ihre ethischen Pflichten ohne Angst vor Repressalien auszuüben. [Die] Maßnahmen der Regierung berauben Klienten ihres Zugangs zum Recht und verraten unsere Grundwerte.“ (William R. Bay, Präsident der American Bar Association) **“**

FESTSTELLUNGEN

01.

Vermehrte Einschüchterungen und Online-Attacken gegen Anwälte, die bestimmte politische Gegner, Migranten, Umweltaktivisten und Demonstranten verteidigen.

02.

Mehr als 50 Anwälte wurden wegen ihrer Verteidigungstätigkeit im Bereich Bürgerrechte oder soziale Gerechtigkeit strafrechtlich verfolgt oder bestraft.

03.

Durchsuchungen und Beschlagnahme von Geschäftsdaten im Rahmen von Ermittlungen auf Bundes- oder Kommunalebene.

04.

Politischer Druck auf Anwälte, die sich an Fällen von Polizeigewalt beteiligen.

05.

Androhung von Sanktionen gegen US-Anwälte, die mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeiten.



Hintergrund



POLITISCHER UND INSTITUTIONELLER RAHMEN

Das System der USA beruht auf einer strikten Gewaltenteilung und einer starken Unabhängigkeit der Justiz. Die jüngsten politischen Entwicklungen haben dieses Gleichgewicht jedoch geschwächt: umstrittene Ernennungen von Richtern, Druck auf das Justizministerium, öffentliche Angriffe auf Richter und die Instrumentalisierung von Disziplinarverfahren.

Rechtsanwälte stehen im Zentrum dieser Spannungen und ihre berufliche Tätigkeit kann nun Gegenstand von Ermittlungen, Strafverfolgung, Diskreditierungskampagnen oder Einschüchterungsversuchen sein, insbesondere wenn sie Regierungsentscheidungen anfechten oder sich für Grundrechte einsetzen.

Der Welttag des bedrohten Anwalts 2026 erinnert daran, dass kein Land gegen den Rückgang der Rechtsstaatlichkeit immun ist.

Angriffe auf die Unabhängigkeit von Anwälten sind nicht nur in Staaten zu beobachten, die als „autoritär“ gelten.

Obwohl die USA als „etablierte Demokratie“ gelten, nehmen die Bedrohungen der Unabhängigkeit von Anwälten, Richtern und Staatsanwälten in besorgniserregender Weise zu.

Seit 2025 haben politischer Druck, administrative Repressalien, Angriffe auf Richter und die Kriminalisierung bestimmter Verteidigungstätigkeiten ein Klima der beruflichen Unsicherheit geschaffen, das seinesgleichen sucht.

Die letzten Jahre haben leider eine extreme Polarisierung des politischen Lebens aufgezeigt, die die Verwundbarkeit von Angehörigen der Rechtsberufe, die an sensiblen Themen arbeiten, erhöht hat: **Einwanderung, Polizeigewalt, Bürgerrechte, Umwelt, nationale Sicherheit oder auch Wahlrecht.**

RECHTLICHER UND INTERNATIONALER RAHMEN

Die USA beanspruchen seit dem Zweiten Weltkrieg eine Rolle als globaler Verteidiger der Freiheitsrechte und sind weiterhin an internationale Standards gebunden, die sie in der Praxis jedoch nicht immer einhalten.



Als Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR) müssen die USA Folgendes garantieren:

- Das Recht auf einen nützlichen und wirksamen Rechtsbehelf (Artikel 2 und 14).
- Das Recht auf ein faires Verfahren (Artikel 14)
- Das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit (Artikel 19 und 22).



In den Grundprinzipien der Vereinten Nationen zur Rolle der Anwaltschaft heißt es, dass Rechtsanwälte ihre Aufgaben ohne Einschüterung, Behinderung, Belästigung oder unzulässige Eingriffe wahrnehmen können müssen.

Sie sehen auch vor, dass Disziplinarverfahren von unabhängigen Organen durchgeführt werden müssen und nicht dazu verwendet werden dürfen, berufsbezogene Positionen zu bestrafen. In dieser Hinsicht wird vom Staat erwartet, dass er die Sicherheit, die Redefreiheit und die institutionelle Integrität des juristischen Berufsstandes gewährleistet.



Die Verfassung der Vereinigten Staaten schützt auch Einzelpersonen und Anwälte, wenn sie ihre Mandanten gegenüber dem Staat verteidigen. Der politische Druck der jüngsten Vergangenheit hat jedoch eine Kluft zwischen den garantierten Rechten und der tatsächlichen Praxis aufgezeigt.

Hauptarten von Bedrohungen für die Rechtsberufe in den USA

POLITISCHE REPRESSALIEN GEGEN ANWÄLTE, DIE SENSIBLE FÄLLE VERTEIDIGEN

Seit Januar 2025 hat die Exekutive öffentlich **Anwälte** ins Visier genommen, die sich für die Verteidigung von Persönlichkeiten einsetzen, die als nicht mit ihrer Politik übereinstimmend angesehen werden, oder die in Wahlverfahren (Wahlstreitigkeiten, Neueinteilung der Wahlbezirke), **bei der Verteidigung von Migranten oder Asylbewerbern**, in Fällen von **Polizeigewalt** oder bei Aktionen zur Bekämpfung des **Klimawandels** tätig sind.

Im Februar 2025 wurden mit dem Erlass 14203 die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs gegen die USA und Israel als „Bedrohung“ eingestuft, wodurch die Zusammenarbeit mit dem Staatsanwalt Karim Khan für US-Anwälte illegal wurde und sie mit Strafverfolgung, Geld- und Haftstrafen rechnen mussten.

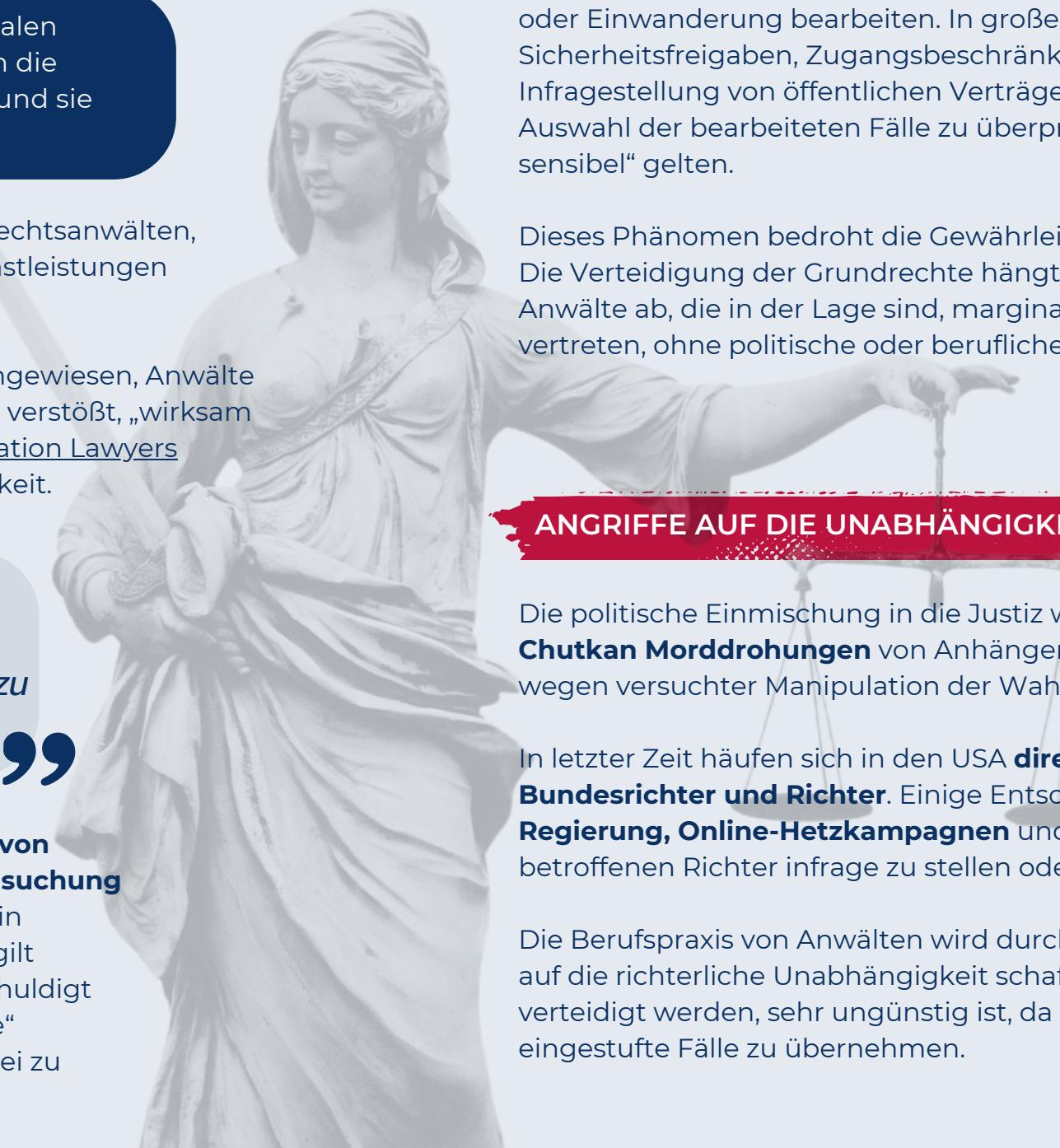
Heute ist es allen US-amerikanischen natürlichen und juristischen Personen, also auch Rechtsanwälten, verboten, neben dem Ankläger Karim Khan auch neun weiteren Richtern des IStGH Dienstleistungen anzubieten.

Am 22. März 2025 wurde der Generalstaatsanwalt in einem Presidential Memorandum angewiesen, Anwälte und Anwaltskanzleien mit einer Praxis, die nach Ansicht der Exekutive gegen die Doktrin verstößt, „wirksam zur Rechenschaft zu ziehen“. Die New Yorker Anwaltskammer und die American Immigration Lawyers Association (AILA) verurteilten diesen Angriff auf die Unabhängigkeit der Rechtsstaatlichkeit.

“

Keli Stump, die Vorsitzende der AILA, sagte:

“Die Rede dieser Regierung (...) zielt darauf ab, die Arbeit entschlossener Fachleute zu delegitimieren, die dafür sorgen, dass Immigranten (...) Zugang zu einer fairen Rechtsvertretung haben.”



SELBSTZENSUR IN DER ANWALTSCHAFT

Die Kombination aus politischen Repressalien und öffentlichen Drohungen hat zu einer Selbstzensur unter US-amerikanischen Anwälten geführt.

Einige **Anwälte** geben an, dass sie aus Angst vor **Verleumdungskampagnen oder administrativen Maßnahmen** keine **Fälle** im Bereich Bürgerrechte, Umweltregulierung oder Einwanderung bearbeiten. In großen Kanzleien hat die Aussicht auf den Entzug von Sicherheitsfreigaben, Zugangsbeschränkungen zu Bundesgebäuden oder die Infragestellung von öffentlichen Verträgen mehrere Direktionen dazu veranlasst, die Auswahl der bearbeiteten Fälle zu überprüfen, vornehmlich solche, die als „politisch sensibel“ gelten.

Dieses Phänomen bedroht die Gewährleistung des Zugangs zur Justiz im ganzen Land. Die Verteidigung der Grundrechte hängt weitgehend von der Einstellung unabhängiger Anwälte ab, die in der Lage sind, marginalisierte Klientel und politische Gegner zu vertreten, ohne politische oder berufliche Repressalien befürchten zu müssen.

ANGRIFFE AUF DIE UNABHÄNGIGKEIT DER JUSTIZ

Die politische Einmischung in die Justiz wurde 2023 deutlich, als die **Bundesrichterin Tanya Chutkan** **Morddrohungen** von Anhängern Donald Trumps erhielt, während sie seinen Prozess wegen versuchter Manipulation der Wahlen von 2020 beaufsichtigte.

In letzter Zeit häufen sich in den USA **direkte Interventionen der Exekutive gegen Bundesrichter und Richter**. Einige Entscheidungen lösten **öffentliche Angriffe der US-Regierung, Online-Hetzkampagnen** und **politischen Druck aus**, um die Unparteilichkeit der betroffenen Richter in Frage zu stellen oder sie sogar dazu zu bringen, ihre Ämter aufzugeben.

Die Berufspraxis von Anwälten wird durch diesen Druck auf Richter direkt beeinflusst. Angriffe auf die richterliche Unabhängigkeit schaffen ein Klima, das für Minderheiten, die von Anwälten verteidigt werden, sehr ungünstig ist, da einige von ihnen zögern, bestimmte als „sensibel“ eingestufte Fälle zu übernehmen.

Auswirkungen auf die Rechtsstaatlichkeit

Der Einsatz administrativer Instrumente (Ausschluss, Entzug der Zulassung, strafrechtliche Ermittlungen, Zugangsbeschränkungen) **zur Bekämpfung von**

Angehörigen der Rechtsberufe schafft einen **gefährlichen** Präzedenzfall: Die Exekutive ist in der Lage, rechtliche Meinungsverschiedenheiten in berufsrechtliche Sanktionen umzuwandeln.

In den **USA wurde der Zugang zu einer effektiven Verteidigung** – insbesondere für Minderheiten – durch den Verlust der Unabhängigkeit der Justiz und die Polarisierung eines öffentlichen Diskurses über Gerichtsurteile **drastisch eingeschränkt**. Diese Faktoren halten Anwälte davon ab, bestimmte Mandanten zu vertreten, da sie sonst mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen.

Diese Dynamik stellt ein ernsthaftes Risiko für die Fähigkeit des Landes dar, die grundlegenden Normen der Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen.



Empfehlungen

Die aktuelle Situation zeigt, dass selbst in einer „etablierten“ Demokratie die Unabhängigkeit der Anwälte und damit die Rechtsstaatlichkeit untergraben werden kann. In den USA schwächen politischer Druck, öffentliche Angriffe auf Angehörige der Rechtsberufe und der Missbrauch von Verwaltungsmaßnahmen den Berufsstand und gefährden den Zugang zu einer effizienten Verteidigung.

Die Vereinigten Staaten, die auf der Verfassung basieren und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beigetreten sind, müssen **sicherstellen, dass Anwälte ihre Arbeit ohne Einschüchterung, Einmischung und Vergeltungsmaßnahmen ausüben können**.

Der Schutz von Anwälten ist ein Schutz der Bürger; der Schutz der Bürger ist ein Schutz der Demokratie.

Anlässlich des Welttages des bedrohten Anwalts fordern wir die US-Behörden auf:

01.

• Politischen Druck, gezielte Ermittlungen und Vergeltungsmaßnahmen gegen Rechtsanwälte einzustellen;

02.

Die Sicherheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Unabhängigkeit von Anwälten, Richtern und Staatsanwälten zu stärken;

03.

ihre Praktiken an die verfassungsrechtlichen und internationalen Standards der Rechtsstaatlichkeit anpassen.

Ein starker Rechtsstaat kann nur dann existieren, wenn Anwälte wirklich frei, unabhängig und geschützt sind.

2026

**WELTTAG DES
BEDROHTEN ANWALTS
USA**



Vorstellung des Internationalen Observatoriums für bedrohte Anwälte

Die Internationale Observatorium für bedrohte Anwälte (OIAD) ist eine Initiative des Conseil national des barreaux (Frankreich), der Anwaltskammer Paris (Frankreich), des Consejo General de la Abogacía Española (Spanien) und des Consiglio Nazionale Forense (Italien).

Das 2016 gegründete OIAD soll Anwältinnen und Anwälte verteidigen, die im Rahmen der Ausübung ihres Berufs bedroht werden, und Situationen aufdecken, die die Rechte der Verteidigung beeinträchtigen.

Sie soll sich in die Landschaft der Mechanismen zum Schutz von Anwälten im Allgemeinen und von Menschenrechtsverteidigern im Besonderen einfügen, indem sie bestehende Mechanismen ergänzt und eng mit etablierten Netzwerken zusammenarbeitet.

Durch den Zusammenschluss möglichst vieler Anwaltskammern und Organisationen, ist das OIAD ein wichtiger Akteur auf internationaler Ebene, der sich für die Verteidigung bedrohter Anwälte einsetzt.

Das OIAD besteht aus 42 Anwaltskammern (aktive Mitglieder) und 17 Organisationen (assoziierte Mitglieder).



INTERNATIONALES
OBSERVATORIUM
FÜR RECHTSANWÄLTE

Vorstellung der Coalition Day of Endangered Lawyers (Koalition für den Tag der bedrohten Anwälte)

Die Koalition für den Tag des bedrohten Anwalts koordiniert eine Reihe von Anwaltsverbänden, Anwaltskammern und Aktivistennetzwerken, die sich am Tag des bedrohten Anwalts durch Veranstaltungen, Demonstrationen, Konferenzen, öffentliche Erklärungen, Medienkampagnen und gemeinsame Aktionen in verschiedenen Rechtsordnungen mobilisieren.

- Conseil National des Barreaux (CNB)
- Barreau d'Aix-en-Provence
- Barreau des Hauts de Seine
- Barreau de Lille
- Barreau de Lyon
- Barreau de Marseille
- Barreau de Nantes
- Barreau de Nice
- Barreau de Paris
- Barreau de Rouen
- Barreau de Strasbourg
- Barreau de Tours
- Barreau de Cayenne

- Barreau de Genève
- Barreau de Neuchâtel
- Barreau de Bruxelles
- Barreau de Diyarbakir (Turquie)
- Barreau d'Istanbul (Turquie)
- Barreau du Cameroun
- Barreau du Lualaba (RDC)
- Barreau de Hamm (Allemagne)
- Barreau de Cologne (Allemagne)
- Ilustre y Nacional Colegio de Abogados de México
- Barreau Vaudois (Suisse)

ASSOZIIERTE MITGLIEDER

- Consejo General de la Abogacía Española
- Ilustre Colegio de la Abogacía de Barcelona
- Ilustre Colegio de la Abogacía de Bizkaia
- Ilustre Colegio de la Abogacía de Madrid
- Ilustre Colegio de Abogados de Talavera
- Muy Ilustre Colegio de Abogados de Pamplona

- Consiglio Nazionale Forense
- Ordine degli avvocati di Bologna
- Ordine degli avvocati di Brescia
- Ordine degli avvocati di Messina
- Ordine degli avvocati di Milano
- Ordine degli avvocati di Modena
- Ordine degli avvocati di Monza
- Ordine degli avvocati di Padova
- Ordine degli avvocati di Patti
- Ordine degli avvocati di Roma
- Ordine degli avvocati di Rovereto
- Ordine degli avvocati di Torino
- Ordine degli avvocati di Torre Annunziata
- Ordine degli avvocati di Verona

- Avocats Européens démocrates
- ASF France
- China Human Rights Lawyers Concern Group
- Conférence des bâtonniers
- CCBE
- Défense sans Frontières – Avocats Solidaires
- Endangered Lawyers – Avvocati Minacciati
- FNUJA
- Fronline Lawyers Association
- DHBP
- Lawyers for Lawyers
- SAF
- UJA Aix en Provence
- The Arrested Lawyers initiative
- Union des Jeunes Avocats de Marseille
- Berliner Anwaltsverein e.V
- Association des juristes progressistes (Genève)
- Union Internationale des Avocats (UIA)
- Afghanistan Independent Bar Association in Exile (AIBAE)
- Asociación de Abogadas y Abogados, Jueces y Fiscales de Derechos Humanos de América Latina y El Caribe (AJUFIDH)
- Belarusian Association of Human Rights Lawyers